

Der Grünen-Politiker Tom Koenigs ist Beauftragter der Bundesregierung für den Friedensprozess in Kolumbien. Er besuchte das Departement Chocó, um sich dort über die Umsetzung des Friedensabkommens zu informieren. Wegen des Stockens der Friedensverhandlungen zwischen Regierung und ELN reiste Koenigs anschließend an den Verhandlungsort Quito/Ecuador weiter. Das Magazin EL ESPECTADOR veröffentlichte am 24.1.2018 ein Interview mit Koenigs:

Deutschland fordert zur Verlängerung des Waffenstillstands mit dem ELN auf

Nach fast zwei Wochen Ungewissheit, welchen Weg der Dialog zwischen Regierung und ELN nehmen wird, trafen sich gestern in Quito erneut beide Seiten, um sich zu einigen, wann die fünfte Verhandlungsrunde beginnen soll, in der über die Beteiligung der Bevölkerung und die Erneuerung des Waffenstillstands gesprochen werden soll.

Genau zu diesem Zeitpunkt hat der deutsche Beauftragte für den Friedensprozess Tom Koenigs Quibdó, die Hauptstadt des Departements Chocó besucht und machte am Wochenende einen Abstecher nach Quito/Ecuador, um dort auf die Fortführung der Friedensgespräche zu drängen. Im Gespräch mit diesem Magazin berichtete er, wie sich die Bevölkerung beruhigt im Land bewegen kann, solange die Waffen schweigen.

Frage:

Welchen Eindruck haben sie von Kolumbien nach ihrem Besuch?

Antwort:

Immer wenn ich hier bin, fühle ich Freude und das besonders jetzt, weil es ein Land ist, wo der Frieden entwickelt wird, was man deutlich spürt. Ich sah das im Chocó. Man sieht dort, dass die Leute mehr Hoffnung haben angesichts von Frieden und Waffenstillstand; sie sind mobiler, sie zeigen Unternehmungsgeist und das erzeugt Ideen und Pläne, und das ist wichtig. Mir scheint, in Kolumbien wird es besser, und das ist nicht nur der Eindruck von Ausländern und Touristen, die ins Land kommen, sondern auch von Einheimischen.

Mich hat sehr berührt, als mir einige Frauen bei der sozial-pastoralen Organisation in Quibdó mir erzählten, dass sie zum ersten Mal in ihre Heimatdörfer zurückkehren konnten, um Weihnachten zu feiern. Sie sagten, vorher habe es keine Reisemöglichkeit gegeben, aber mit dem Waffenstillstand mit dem ELN und dem Friedensschluss mit der FARC sei es einfacher, sich zu bewegen.

F:

Genau im Chocó, wo Sie jetzt gewesen sind, gab es während des Waffenstillstands zwei Zwischenfälle. Wie haben Sie die Lage dort gesehen?

A:

Die Bürgerorganisationen dort haben der Regierung und der Guerrilla klar gesagt, dass sie kriegsmüde sind. Niemand dort war dafür, die Feuerpause nicht fortzusetzen. Die Menschen werden initiativ. Diese neue Realität muss man bei der Zentralregierung zur Kenntnis nehmen, aber gleichfalls am Verhandlungstisch in Quito. Leider ist dort das Departement nicht vertreten, und man spürt in den Erklärungen des ELN einen gewissen Unwillen zum Frieden und zur Feuereinstellung. Trotzdem bin ich sehr für die Forderung der ELN-Spitze nach gesellschaftlicher Beteiligung. Wenn es

gelänge, am Verhandlungstisch die Beteiligung der Bevölkerung herzustellen, würden beide Verhandlungsparteien schon bald Beifall bekommen.

F:

Was meinen Sie zu den Spannungen, die nach der Feuerpause aufkamen und was haben Sie mit den Verhandlungsdelegationen in Quito erörtert?

A:

Deutschland wird die Gespräche weiterhin unterstützen, aber dafür bedarf es der Rückkehr an den Verhandlungstisch. Natürlich müssen beide Seiten die Möglichkeiten ausloten, aber die Gespräche sollten darauf ausgerichtet sein, Formen der Bürgerbeteiligung zu suchen und das Vertrauen herzustellen, dass diese nur in einem gewaltfreien Umfeld stattfinden kann. Wenn heute ein Führer einer sozialen Bewegung stirbt, also ein Propagandist des Friedens, dann ist das ein Fall für den ELN und den Präsidenten. Denn es ist ein Kolumbianer, der stirbt.

Es gibt Bereiche, in denen die Regierung ihre Pflichten nicht erfüllt hat, z.B. die Verbesserung der Lage der Strafgefangenen. Seitens des ELN gab es unnötige Zwischenfälle, die Todesopfer forderten. Man kann den Personenschutz verbessern, das ist eine Herausforderung, aber am Verhandlungstisch sollten beide Seiten nachdenklich sein.

Mir scheint auch, dass die Aktionen des ELN, als er die Feuerpause beendete, ihm politisch nicht genützt haben, denn es gab viele Institutionen, Intellektuelle, Sympathisanten, Kirchenleute und Unternehmer, die die Verlängerung der Feuerpause forderten. Auch der Generalsekretär der UN hat eine Verlängerung gefordert, gleichfalls die Garantiestaaten, darunter Venezuela und Cuba.

F:

Haben die Ereignisse bei der internationalen Gemeinschaft Enttäuschung über die Gespräche mit dem ELN ausgelöst?

A:

Es herrschte eine enorme Frustration. Es war nicht so sehr das Ende des Waffenstillstands, sondern das Handeln des ELN, der Neubeginn des Krieges. Frustriert waren der Papst, der UN-Generalsekretär, die Garantiestaaten, die noch zwei Tage zuvor einen Aufruf zum Frieden und zur Verlängerung der Feuerpause veröffentlicht hatten. Natürlich gibt es Streit über unzulängliche Umsetzung der Vereinbarungen, über Zwischenfälle hier und dort, über das Scheitern des Monitoring, aber das sind Sachen, die am Verhandlungstisch selbst geklärt werden müssen.

F:

Was die FARC angeht, wie sehen Sie die Art und Weise, in der die Umsetzung des Abkommens vorangeht?

A:

Die FARC hat sich an das Abkommen gehalten, und die Neinsager müssen jetzt erschrecken, weil sie mit Nein stimmten, weil sie nicht glaubten, dass die Exguerrilla die Waffen abgeben würde, aber sie tat dies bis aufs I-Tüpfelchen. Nun muss der Staat liefern, was viel schwieriger ist. Wenn die Regierung den Guerrilleros sagt, sie sollten von den Waffen zu den Wählerstimmen übergehen, dann muss sie garantieren, dass die FARC als politische Organisation in Gang kommen kann. Sie müssen die Bedingungen vorfinden, die politische Arbeit ermöglichen, denn das Versprechen war, auf die Gewalt zu verzichten und ins politische Leben einzutreten.

Vieles davon kann nicht sehr schnell umgesetzt werden, denn man muss verstehen, dass der Staat aus drei Gewalten besteht und dass nicht alle für den Friedensprozess sind. Es besteht im Land eine politische Spaltung.

F:

Gerade jetzt bewegen wir uns mit dieser polarisierten Gesellschaft auf die Wahlen zu. Wie ist diese Zerrissenheit zu heilen?

A:

Wahlkämpfe sind immer Phasen der Politisierung, gleichwohl sollten sich alle Kandidaten im Rahmen der Vereinbarungen mit der FARC bewegen. Kein gewählter Präsident kann diese in Stücke reißen, denn das Volk erfreut sich der Vorteile des Friedens. Das Volk selbst kann zum künftigen Präsidenten sagen: "Wir haben dich nicht gewählt, um zum Krieg zurückzukehren, davon haben wir genug".

Schaut man sich die Koalitionen der verschiedenen Kandidaten an, dann sind da einige, die offen für die Vertiefung des Friedensprozesses eintreten, aber niemand sagt, man sollte damit Schluss machen, damit der Krieg wieder auflebt. Den Krieg produziert Opfer, Tote und Vertriebene.

F:

Wie kann man Kolumbien einen, das nach dem Abkommen mit der FARC geteilt blieb?

A:

Die Spezielle Übergangsjustiz für den Frieden und die Wahrheitskommission sowie die Sonderbehörde für die Suche nach Verschwundenen sind äußerst wichtige Elemente dafür, aber auch die geplanten Reformen, wie z.B. die Agrarreform, werden Chancen eröffnen, das Land zu entwickeln. Die zentrale Herausforderung besteht darin, von einer sehr zentralistischen Sichtweise zu einer Integration der Regionen in die politischen Pläne überzugehen. Und als Deutscher weiß ich das sehr gut, denn als die Wiedervereinigung stattfand, mussten wir einen Teil des Landes integrieren, der z.T. sehr zurückgeblieben war in ein völlig anderes System, in dem es eine Opposition gab.

F:

Was können wir vom deutschen Fall lernen?

A:

Dass es viel politischen guten Willens bedarf und dass es viel Geld kostet. Bis heute zahlen wir in Deutschland einen Aufschlag auf die Einkommensteuer als Solidaritätsbeitrag für die östlichen Bundesländer, die zur Bundesrepublik Deutschland hinzukamen. Auch bedarf es der Geduld, denn man kann nicht alles Vereinbarte in nur einem Jahr umsetzen. Die internationale Gemeinschaft, die so große Sympathien für den Friedensprozess hegt, kann finanziell etwas beitragen, maximal vielleicht 5%, aber der große Batzen der Reformen muss von Kolumbien selbst finanziert werden.

Die Ministerin für Tourismus gab kürzlich bekannt, mit dem Frieden sei auch der Tourismus gewachsen, weil sich das Image Kolumbiens gewandelt habe. Vor 25 Jahren, zur Zeit von Pablo Escobar, fuhrst du über Land und trafst überall auf Drogen, und wenn zurückkamst wurdest du wie verrückt gefilzt. Wenn heute ein Tourist nach Kolumbien kommt, sieht er ein Land, das am Frieden arbeitet. Mit dem Frieden hat auch das Bild der Kolumbianerinnen und Kolumbianer in der Welt sich geändert. Auch haben sich die internationalen Kontakte verstärkt und die Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen. Vor 20 Jahren gab es hier kaum Mitarbeiter der UNO. Heute sind

hier alle ihre Organisationen vertreten, und zwar um zu helfen und nicht, um den Kolumbianern zu sagen, was sie tun sollen.

F:

Sie hatten auch Gelegenheit, die Richter der Übergangsjustiz zu treffen. Welchen Eindruck haben Sie von ihnen?

A:

Hier beginnt die Übergangsjustiz mit der Wahrheit. In den Fällen der Prozesse gegen KZ-Wächter, die bis vor ein paar Jahren stattfanden, gab es niemanden, der Verantwortung übernommen hätte, nicht einen. Sie schwiegen oder schoben alles auf Hitler. Hier beginnt die Übergangsjustiz dann, wenn Verantwortung übernommen wurde, das ist eine völlig neue Sache, die man zwar auch in Südafrika anwendete, aber nur bis zu einem bestimmten Punkt. Das ist interessant und daraus werden wir lernen.